

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 13

Artikel: Die Sowjetunion und das europäische Sicherheitsproblem
Autor: Wolfensberger, Erna
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095557>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erna Wolfensperger

Die Sowjetunion und das europäische Sicherheitsproblem

Ein europäisches Sicherheitssystem als Vorschlag einer militärischen und politischen Neuordnung Europas ist heute nicht mehr nur ein Schlagwort politischer Rhetorik oder Propaganda, sondern wird immer mehr zum Gegenstand ernsthafter Untersuchungen und Diskussionen auf beiden Seiten der durch Europa verlaufenden Trennungslinie.

Im folgenden soll daher versucht werden,

- die Vorstellung eines europäischen Sicherheitssystems zu präzisieren,
- die Entwicklung der sowjetischen Sicherheitskonzeption aufzuzeigen und
- die jüngsten Vorschläge für eine europäische Sicherheitskonferenz und ein europäisches Sicherheitssystem zu prüfen.

1. Das europäische Sicherheitsproblem

a) Zum Begriff der Sicherheit

Der Begriff der Sicherheit an sich ist bis heute unbestimmt und vielschichtig geblieben. Die Sicherheit eines Staates oder gar eines Bündnisystems ist daher noch schwieriger zu formulieren. Das traditionelle Denken verstand Sicherheit überwiegend als ein militärisches Problem von Streitkräften, Rüstungspotential und anderen Machtmitteln. Vielleicht würde auch heute noch die *militärische Komponente der Sicherheit* dominieren, wenn nicht die technische Entwicklung und die teilweise durch sie bedingte Degradierung der europäischen Länder zu Klein- und Mittelstaaten einen Zwang zur Zusammenarbeit geschaffen hätte. Die Bewahrung der Sicherheit des einzelnen Staates scheint heute nur noch durch übergeordnete Bündnisysteme gewährleistet zu sein (s. NATO). Dies wiederum hat zu einer erheblichen gegenseitigen Abhängigkeit auf zahlreichen Gebieten geführt, so z. B. in der Rüstungstechnologie.

Der traditionellen Komponente der Sicherheitspolitik — der militärischen — ist damit eine neue Komponente zu- und übergeordnet worden, nämlich die *aussenpolitische*. Dazu gehören Fragen der Aufklärung und Propaganda, der Förderung wissenschaftlicher Forschung und ihrer industriellen Umsetzung, der weltweiten Entwicklungshilfe. Dazu gehört auch die Frage nach den Absichten eines potentiellen Gegners, dessen Militärpotential eine objektive Bedrohung darstellen könnte. Einfach ausgedrückt und in bezug auf die NATO heisst dies, dass man bis zum 21. August 1968 überwiegend der Auffassung war, eine objektive militärische Bedrohung des Ostens wäre zwar nach wie vor gegeben, aber die politischen Absichten des Gegners seien pazifiziert. Heute betrachtet man diese Einschätzung als voreilig und zum Teil als Ausdruck dafür, dass militärische Sicherheitselemente vernachlässigt worden sind.

Ein weiterer aussenpolitischer Aspekt der Sicherheit ist die Absicherung der territorialen Integrität und der aussenpolitischen Handlungsfreiheit

durch den Beitritt zu einem Bündnisystem, da eine rein nationale Verteidigung gegenüber einer Bedrohung aus dem Osten illusorisch wäre. Eng damit verbunden ist die Wirksamkeit der Allianz auf dem Gebiet der militärischen und politischen Integration.

Zu diesen Aspekten der aussenpolitischen Komponente der Sicherheit kommen noch eine *Vielzahl von extremen Variablen* dazu. Auf der Ebene des amerikanisch-sowjetischen «Dialogs» z. B. die strategische Kräftebilanz, die Nichtweitergabe von Nuklearwaffen und das Machtstreben Chinas. In Europa wäre dies etwa der Inhalt und Umfang einer weitem Präsenz der USA und die Entwicklung der deutschen Frage.

Als dritte und vierte Komponente der Sicherheit sind etwa die *psychologische* (z. B. Furcht eines Volkes vor einer Bedrohung) und diejenige der *innern Sicherheit* (inneapolitische Stabilität) zu nennen.

Dieser lückenhafte Katalog von Problemen im gegenwärtigen Sicherheitssystem zeigt, wie gross der aussenpolitische Anteil am gesamten Problem der Sicherheit ist. Wenn Sicherheit also zusammenfassend eine Funktion von militärischer Potenz, innerer und äusserer Stabilität eines Staates und eines Bündnisystems und damit ein dynamischer Begriff ist, so kann *Sicherheitspolitik* konsequenterweise nur eine Politik sein, die sich sowohl an politische Veränderungen anpasst, als auch diese ausnützt und welche herbeiführt. Ziel ist dabei immer, die militärische und politische Sicherheit und Stabilität eines Raumes, z. B. Europas, zu sichern.

b) Das europäische Sicherheitssystem

McNamara sprach in seinem Jahresbericht an den amerikanischen Senat über die Verteidigungspolitik der USA im Januar 1967 von einer intensiven Suche auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs «nach neuen Arrangements, die den Sicherheitsinteressen aller Beteiligten besser gerecht zu werden vermögen...». Die *sowjetischen Vorschläge* zur Lösung des europäischen Sicherheitsproblems datieren bereits aus den fünfziger Jahren und sind seit 1966 wieder intensiviert worden. In *Westeuropa* werden in letzter Zeit sehr unorthodoxe Gedanken und weit in die Zukunft reichende Studien über die allmähliche Umgestaltung der bestehenden Bündnisysteme in ein europäisches Sicherheitssystem erwogen. Der Wunsch, dadurch zu einer stabileren europäischen Friedensordnung zu gelangen, ist im allgemeinen aber erst durch vage Vorstellungen über deren Inhalt begleitet.

Militärisch strebt man ein ausbalanciertes Gleichgewicht in Europa an. Die UdSSR versteht darunter den Rückzug der USA aus Europa, womit sie zur dominierenden Macht würde. Die Europäer selber können wohl nur bei einem garantierten militärischen und politischen Rückzug der UdSSR auf ihr Territorium auf ein europäisches Sicherheitskonzept eingehen, womit gleichzeitig deutlich wird, in wie weiter Ferne dessen Verwirklichung noch liegen dürfte. Die USA wieder-

um halten ein europäisches Sicherheitssystem nur dann für möglich, wenn es Teil einer echten und globalen Entspannungspolitik ist und sich beide Weltmächte auf den Status von Garantiemächten zurückziehen.

Aussenpolitisch sollen beide sich in Europa gegenüberstehenden Bündnisysteme (NATO und Warschauer Pakt) stufenweise in ein System der kollektiven Sicherheit übergeführt werden. Das würde den allgemeinen und gegenseitigen Verzicht auf Drohung mit und Anwendung von Gewalt bedeuten und jede Form der Intervention ausschliessen. Grundlage wäre die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität der Mitgliedstaaten des Sicherheitssystems. Alle politischen Streitigkeiten würden durch ein von allen anerkanntes Schiedsgericht beigelegt werden.

2. Die Entwicklung der sowjetischen Sicherheitskonzeption

a) Der sowjetische Sicherheitsbegriff

Innerhalb des europäischen Sicherheitsproblems und seiner Verwirklichung im gesamteuropäischen Rahmen kommt der sowjetischen Aussenpolitik eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Um daher klar zu erfassen, was die UdSSR unter «europäischer Sicherheit» versteht, muss kurz auf die *Grundprinzipien ihrer Aussenpolitik* eingegangen werden, die sich über alle Wandlungen hinweg ihre Kontinuität gesichert haben. Es sind dies ein betontes Streben nach Sicherheit (1), die Erhaltung des Supermacht-Status (2) und die Ausdehnung des Einflusses, wenn immer möglich (3). Verstärkt werden diese Tendenzen einer offensiv konzipierten Aussenpolitik und eines starken Sicherheitsbedürfnisses durch eine Ideologie mit weltrevolutionärer Zielsetzung, die zusammen die Lösung des europäischen Sicherheitsproblems wesentlich erschweren.

Diese drei Grundprinzipien der sowjetischen Aussenpolitik prägen auch die Sicherheitspolitik in entscheidendem Masse. Nachdem alle Invasionen Russlands vom 17. bis 20. Jahrhundert über dessen nordosteuropäischen Raum erfolgten, konnte die UdSSR erstmals im Gefolge des 2. Weltkrieges dieses Verteidigungsproblem lösen und ihre *europäische Grenze sichern* (1). Trotz aller Auswirkungen des Nuklearzeitalters und der Konfrontation mit den USA spielt daher im europäischen Bereich die Besetzung Mittel- und Osteuropas und die Schaffung des Warschauer Paktes eine enorme Rolle für den Schutz der UdSSR, die zusammen ein Grundpfeiler ihrer Sicherheitspolitik in Europa sind. Auch wenn die UdSSR eines fernen Tages zur Reduzierung ihrer Truppenstärke und organisatorischen Aenderung in ihrem Bündnisystem bereit wäre, so würde sie wohl kaum ihre militärische Beherrschung in Osteuropa in der einen oder anderen Form als Grundlage ihrer Sicherheitspolitik aufgeben. Eng mit dem Verteidigungsaspekt des europäischen Sicherheitsproblems ist das Ziel der UdSSR verbunden, ihren *Supermacht-Status zu erhal-*

ten (2). Mit ihr über ein europäisches Sicherheitssystem unter dem Gesichtspunkt der kollektiven Sicherheit zu sprechen, ihr also eine Position als Gleicher unter Gleichen anzubieten im Rahmen einer europäischen Friedensordnung, dürfte kaum sehr erfolgversprechend sein. Ihr Status als Supermacht erlaubt ihr als einzigen ihr entsprechenden Gesprächspartner die USA, wenn ernsthaft über ein Sicherheitsarrangement gesprochen werden soll (s. auch Atomteststop, Non-Proliferation, ABM-Diskussion). Die zersplitterten europäischen Gesprächspartner können damit nur noch eine zweitrangige Bedeutung in Sicherheitsgesprächen haben. Ausfluss der «Teilung der Welt in Interessensphären» dürfte auch die sowjetische Auffassung sein, so wie die Sicherheit des amerikanischen Kontinents eine Angelegenheit der USA sei, sei diejenige Europas Domäne der grössten und stärksten europäischen Macht, eben der Sowjetunion. Ihrem Machtpotential und ihrem Status angemessen sei daher eine europäische Sicherheitsorganisation mit allen europäischen Staaten aber ohne die USA, wobei der UdSSR natürlich das letzte Wort in militärischer Hinsicht zufallen würde. In der Praxis bedingt das bipolare Verhältnis aber auch Abstriche für die UdSSR, die die Präsenz der USA hinnehmen muss, weil und solange die Westeuropäer dies wünschen. Daher dürften die Chancen für ein europäisches Sicherheitssystem ohne amerikanische Beteiligung in absehbarer Zeit sehr gering sein. Im Bereich der *machtpolitischen Expansion* (3) sucht die UdSSR die gleiche militärische und politische Handlungsfreiheit bei Krisen in den verschiedenen Teilen der Welt zu erreichen wie die USA. Anzeichen dafür sind u. a. das Vordringen ins Mittelmeer und der verstärkte Aufbau von Luftlande- und Landungstruppen. Zusammen mit dem schwelenden Konflikt mit China (das nach einem Platz unter den Weltführermächten trachtet) könnten sich daraus resultierend durchaus Änderungen in der Prioritätenskala der Sicherheitspolitik der UdSSR auch in Europa ergeben.

Doch heute stehen Europa und seine Sicherheit noch genauso im Zentrum der sowjetischen Interessen wie in den fünfziger Jahren. Was für eine Zielsetzung verfolgte nun die UdSSR mit ihren zahlreichen Initiativen für ein europäisches Sicherheitssystem seit den fünfziger Jahren und bis zum letzten Vorschlag auf der Budapester Konferenz vom März dieses Jahres?

b) Die sowjetischen Vorschläge für ein europäisches Sicherheitssystem

Sowjetische Initiativen in den 50er Jahren

Der frühere französische Aussenminister Couve de Murville hat einmal gesagt, das *Problem der europäischen Sicherheit, wie die UdSSR es nenne, sei in Wirklichkeit nichts anderes als das deutsche Problem*. Aus sowjetischer Sicht heisst das, die einzige potentielle Bedrohung der europäischen Sicherheit liege in der Gefahr eines wiedererstarkten und wiedervereinigten Deutschlands. Aus westlicher Sicht kann dem entgegeng gehalten werden, das europäische Gleichgewicht und die Sicherheit müssten wohl ebenso vor dem militärischen Uebergewicht der UdSSR bewahrt werden. Seit dem Ende der Berliner Blockade im Jahre 1949 zielt die sowjetische Politik daher auch auf die *Zementierung des Status quo in Europa* ab, womit die deutsche Teilung verewigt werden soll.

Nach Stalins Tod im März 1953 ging die UdSSR zu einer relativen Entspannungspolitik über und unternahm ihren ersten diplomatischen Vorstoss für ein europäisches Sicherheitssystem, durch das die deutsche Teilung gefestigt und eine deutsche Wiederbewaffnung verhindert werden soll. Der Vorschlag stand ganz im Zeichen eines heftigen Kampfes gegen die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), durch die der UdSSR ein integriertes Militärpotential entgegengesetzt worden wäre. Die Initiative der UdSSR wurde durch Churchill und eine darauf folgende Entschliessung des Europarates dahingehend aufgenommen, als man durchaus bereit war, auf das sowjetische Sicherheitsbündnis einzugehen.

Die sowjetische *Note vom 3. November 1953* deutete zum erstenmal eine Alternative zur EVG an, indem sie an die englisch-russischen und französisch-russischen Beistandsverträge aus dem 2. Weltkrieg erinnerte und sich bereit erklärte, diese Verpflichtungen nicht nur nicht abzuschwächen, «sondern auch den vorhandenen neuen Möglichkeiten zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit Rechnung zu tragen». Deutlich wurden die sowjetischen Pläne durch die *Note vom 26. November 1953*, in der mit der Bereitschaft zu einer Viermächtekonferenz klar festgestellt wurde: «Die Gewährleistung der Sicherheit der Länder Westeuropas wird fest begründet sein, wenn diese nicht Osteuropa entgegengesetzt werden, sondern wenn «die Bemühungen aller europäischen Länder zur Gewährleistung der Sicherheit koordiniert werden».

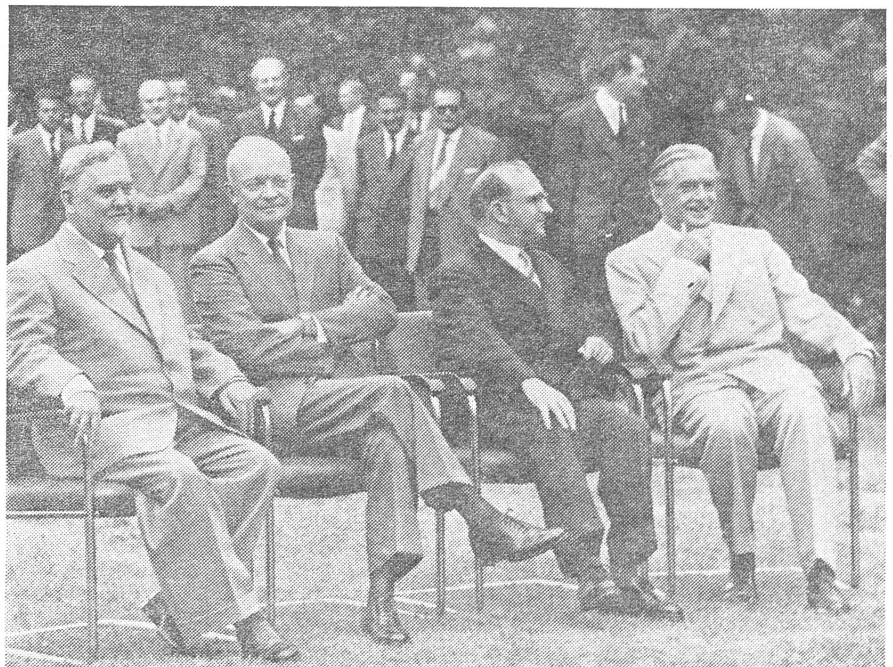
Auf der *Berliner Viermächtekonferenz* (25. Januar—18. Februar 1954) bezeichnete Molotow die Militärblöcke (NATO und sowjetisches System der bilateralen Beistandsverträge) als sichtbarsten Ausdruck der internationalen Spannung und forderte deren Auflösung und Ersetzung durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem. Zen-

Erna Wolfensperger, 1943 in Greifensee geboren, hat an der Freien Universität in West-Berlin Politische Wissenschaften studiert und ist nun Mitarbeiterin im SOI-Verlag.

tralproblem war dabei die deutsche Frage: nur eine Einbeziehung von BRD und DDR als getrennte Staaten ins Sicherheitssystem sei eine wirksame Garantie gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus. Der gleichzeitig von Molotow vorgelegte «*Entwurf eines gesamteuropäischen Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa*» hatte folgenden Inhalt: Beteiligung aller europäischen Staaten, Verzicht auf Drohung mit und Anwendung von Gewalt, keine Beteiligung an Bündnissen, die in Widerspruch zum Vertrag stehen, und einen zweiseitigen Truppenrückzug.

Die *Reaktion der Westmächte* war sehr entschieden. Eden bezeichnete den sowjetischen Vorschlag als «*Monroe-Doktrin für Europa*», die die UdSSR zur europäischen Hegemonialmacht erhebe und die USA auf eine Statistenrolle verweisen. Der Verzicht auf Bündnisse, die im Widerspruch zum geplanten Vertrag stehen, ziele klar auf eine Auflösung der NATO ab. Der zweiseitige Truppenrückzug gebe den Westmächten keine Reaktionsmöglichkeit im Falle einer sowjetischen Vertragsverletzung, denn die amerikanischen Truppen würden dann fern vom europäischen Kontinent sein.

Nachdem Molotow mit seiner direkten Forderung eines Ausschlusses der USA aus Europa nicht durchkam, sagte er noch am gleichen Tag zu, deren Beziehungen zum europäischen Sicherheitsvertrag könnten auch anders festgelegt werden. Ein positives Konferenzergebnis kam aber trotzdem nicht zustande. (Schluss folgt)



An der Gipfelkonferenz über Sicherheitsfragen vom Juli 1955 in Genf nahmen Bulganin, Eisenhower, Faure und Eden teil. Stehend sind die damaligen Aussenminister Molotow und McMillan sichtbar. Eine traute Gartenrunde als Ausdruck des «Geistes von Genf», der aber keine Einigung in europäischen Sicherheitsfragen zu bringen vermochte.